

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Norbert Mittrücker (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Haltung der Landesregierung zum sog. „Quotenmodell“ für die Förderung der erneuerbaren Energien

Die **Kleine Anfrage 1903** vom 19. September 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherige und die für 2014 prognostizierte Entwicklung der EEG-Umlage mit Blick auf die Steigerung der Strompreise im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Belastung von einkommensschwächeren Haushalten?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das Tempo der Steigerung des Potenzials zur Stromproduktion aus Wind- und Solarenergieanlagen im Verhältnis zum Ausbau der Netze und zur Sicherung einer steten und stabilen Stromversorgung durch Energiespeicher und konventionelle Kraftwerke?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das Tempo der Steigerung des Potenzials zur Stromproduktion aus Wind- und Solarenergieanlagen mit Einspeisevorrang im Verhältnis zum liberalisierten europäischen Energiemarkt mit freier Preisbildung am Markt und der Belastung der Stromnetze in europäischen Nachbarstaaten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund das sog. „Quotenmodell“ der Förderung der erneuerbaren Energien, demzufolge die Förderung auf einen festzusetzenden Höchstanteil beschränkt wird, der schrittweise im Rahmen der Gesamtentwicklung der Stromversorgung erhöht werden kann?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Oktober 2013 wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung plant, bis 2030 den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen und zum Stromexportland zu werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen. Um die Voraussetzungen für eine rasche und kosteneffiziente Energiewende zu schaffen, ist es notwendig das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, die Einbindung der erneuerbaren Energien in den Strommarkt weiter voranzubringen, den Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien zu sichern, den weiteren Anstieg der EEG-Umlage zu begrenzen, die entstehenden Kosten gerecht zu verteilen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die EEG-Umlage von derzeit 5,277 Cent pro kWh wird nach ersten Schätzungen verschiedener Institute, wie z. B. der Deutschen Energieagentur DENA, dem Öko Institut oder der Agora Energiewende, im Jahr 2014 auf ca. 6,1 bis 6,4 Cent pro kWh ansteigen.

Der prognostizierte Anstieg der EEG-Umlage ist jedoch nur zu rund 13 Prozent auf den Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen zurückzuführen. Zu mehr als 50 Prozent wird der Anstieg mit den gesunkenen Strombörsenpreisen, zu weiteren 25 Prozent mit erweiterten Ausnahmen bei energieintensiven Unternehmen begründet.

Die Strompreise der privaten Haushalte sind seit Mitte 2008 um 35 Prozent gestiegen. Für energieintensive Unternehmen aber nur um 1 Prozent, d. h. im Durchschnitt zahlen diese Unternehmen das Gleiche wie vor fünf Jahren. Die Unternehmen in Deutschland werden im Jahr 2013 bereits in einem Umfang von mehr als 17 Mrd. € von energiebezogenen Steuern, Abgaben und Umlagen befreit.

Die erneuerbaren Energien haben an den Strombörsen zu einem deutlichen Absinken der Preise geführt. Davon profitieren die energieintensiven Unternehmen zusätzlich.

Die gesunkenen Börsenpreise werden von den Energieversorgern derzeit aber nur bedingt an die privaten Haushalte und die kleinen und mittleren Unternehmen weitergegeben. Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich bereits seit längerem dafür ein, dass die gesunkenen Börsenpreise weitergegeben werden.

Die Kosten der Energiewende müssen zukünftig fairer zwischen nicht privilegierten Verbrauchern und Industrie verteilt werden. Diese Forderung ist ein wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Zu Frage 2:

Die Energiewende ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Bis zum Jahr 2030 soll der Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz bilanziell zu 100 Prozent aus regional verfügbaren erneuerbaren Energien gedeckt werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien entwickelt sich derzeit im Rahmen der geplanten Ziele. Auch der Ausbau der Netze und die Ertüchtigung der vorhandenen Netzinfrastruktur sind im Plan.

In diesem Zusammenhang weise ich auch auf die vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Auftrag gegebene „Verteilnetz-Studie Rheinland-Pfalz“ hin. Im Rahmen der Studie werden sowohl die zukünftig notwendigen Netzkapazitäten für Transport und Verteilung von elektrischem Strom ermittelt als auch Innovationsstrategien im Hinblick auf die Integration fluktuierender Energien in den Blick genommen und ein Speicherkonzept entwickelt.

Der sichere Betrieb elektrischer Netze erfordert ein stetes Gleichgewicht zwischen Netzeinspeisung und Netzlast. Deshalb müssen derzeit noch zu einem signifikanten Anteil konventionelle Kraftwerke unter Berücksichtigung des Stromtransportes über das Übertragungsnetz zu jedem Zeitpunkt die residuale Last, die erforderliche Regelleistung sowie eine Sicherheitsreserve für Kraftwerksausfälle bereitstellen. Zu diesem Zweck stehen ausreichende Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung.

Zu Frage 3:

Rheinland-Pfalz wie auch Deutschland sind eingebettet in ein zunehmend europäisches Energieversorgungssystem mit länderübergreifenden Strom- und Gasnetzen und zunehmend aber bei weitem noch nicht vollständig – liberalisierten europäischen Energiemärkten. Dies gilt es sowohl bei der Umsetzung der Energiewende in Deutschland wie auch bei der Erreichung der europäischen Energie- und Klimaschutzziele in allen europäischen Mitgliedstaaten zu beachten.

In den einzelnen Mitgliedstaaten sind derzeit unterschiedliche Ansätze vorhanden, um günstige energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu schaffen, den effizienten Umgang mit Energie zu fördern sowie die Reduktion von Treibhausgasen weiter voranzutreiben.

Die derzeitigen Strommärkte in den europäischen Mitgliedstaaten sind aber noch weitgehend geprägt von einer zentralen Erzeugung auf der Basis fossiler und nuklearer Energieträger.

Die Umsetzung der europäischen Energie- und Klimaschutzziele und der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien lässt eine entsprechende Anpassung des Designs der regionalen Energiemärkte aller Mitgliedstaaten und eines zukünftigen europäischen Energiebinnenmarktes sowie einen stärkeren Ausbau der transeuropäischen Netzstruktur dringend notwendig werden.

Auch die Ungleichgewichte, die derzeit, u. a. hinsichtlich der Beeinflussung der Börsenstrompreise oder der temporären starken Belastung der Stromnetze in unseren Nachbarstaaten durch in Deutschland produzierten Strom, vorhanden sind, erfordern eine neue Architektur des Designs des europäischen Energieversorgungssystems.

Ein integrierter europäischer Strombinnenmarkt muss eine ehrliche Energiepreisbildung ermöglichen, welche die durch erneuerbare Energien vermiedenen Umwelt- und Klimakosten im Vergleich zur Energiegewinnung aus fossilen und nuklearen Energieträgern angemessen berücksichtigt.

Durch einen europäischen Strombinnenmarkt werden die Potenziale an Ausgleichseffekten bei den erneuerbaren Energien vergrößert und damit letztlich auch die Versorgungssicherheit erhöht.

Zu Frage 4:

Die Frage einer etwaigen Quotenregelung wurde in vielen Gutachten eingehend behandelt. Die Ergebnisse werden dabei kontrovers diskutiert, namhafte Wissenschaftler sehen in der Einführung Nachteile gegenüber dem bestehenden System. Der Bundesrat hat sich sehr klar gegen eine Quotenregelung ausgesprochen. Das „Quotenmodell“ geht von der falschen Annahme aus, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien durch Quotierung zu günstigeren Kosten der Energiewende führen würde. Insbesondere die Erfahrungen aus Großbritannien haben gezeigt, dass dies nicht der Fall ist. Daher stellt Großbritannien derzeit auf ein Fördersystem mit Anleihen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz um, indem es z. B. Einspeisetarife für neue Windkraftwerke einführt.

Auch die Erfahrungen aus Schweden werden von Fachleuten kritisch bewertet, zumal das schwedische Beispiel – ein Land mit 38 Prozent Atomstrom, 42 Prozent Wasserkraft und einem hohen Angebot an Biomasse – nicht auf Deutschland unmittelbar übertragbar ist.

Eveline Lemke
Staatsministerin

